

ROT-ROTER RAUBBAU

FRANK STEFFEL: GEBÜHRENERHÖHUNGEN UND SOZIALE KÜRZUNGEN TREFFEN VOR ALLEM FAMILIEN.

SPD und PDS legen mit ihren immer neuen Abgabenerhöhungen die Axt an unser Gemeinwesen. Familien mit Kindern und Empfänger kleiner und mittlerer Einkommen sind die vermeintlich ‚Dummen‘. Sie zahlen die Quittung für eine bereits im Ansatz verfehlt Politik.

rend Sozialhilfeempfänger freigestellt werden, trifft dies vor allem Familien, die sich bemühen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Der Wasserpreis wird in unserer Stadt durch die Einführung der Konzessionsabgabe in den nächsten Jahren um 30 Prozent steigen. Auch dies trifft vor allem Mehrpersonenhaushalte, d.h. Familien mit Kindern. Für eine durchschnittliche Familie bedeutet die geplante Anhebung eine zusätzliche Belastung von rd. 110 Euro pro Jahr. Ein Rentner zahlt

rund 25 Euro jährlich mehr. Und das Ende vom Lied: Der Wasserverbrauch sinkt, die Preise steigen noch mehr! Ein zusätzlicher Standortnachteil übrigens auch für kleine und mittlere Unternehmen. Sie werden mit immer höheren Kosten konfrontiert – verlagern also ihren Sitz ins billigere Umland. So gehen Berlin noch mehr Arbeitsplätze verloren.

Und das bei einem Höchststand von knapp 320.000 arbeitslosen Menschen. Ein Irrweg! Auch die 3-prozentige Erhöhung der BVG-Tarife beweist, dass dieser Senat ohne Rücksicht auf Verluste handelt: Die Benachteiligten sind einmal mehr die Familien, Schülerinnen und Schüler, und die

Fazit: Arbeit lohnt sich nicht mehr, und eine Familie zu gründen wird bestraft.

ABER: Wir werden uns mit dieser Kopflosigkeit des Senats nicht abfinden. Wir werden weiter an der Seite der Berliner mit Ideen statt Ideologien kämpfen. Dieser Senat spart nicht, dieser Senat streicht ohne Sinn und Verstand zu Lasten der Familien. Berlin gewinnt nicht, sondern verliert mehr als sein Gesicht. Es verliert seine Zukunft!



Foto: Lengemann

„Betroffen sind vor allem Familien und kleinere und mittlere Unternehmen.“

Bundesregierung muss Partnerschaft verbessern



Foto: bpi
James Ryan Anderson ist für die politischen Kontakte der AmCham in Berlin verantwortlich

heit, Freundschaft und vielen gemeinsamen Interessen geprägt, wirtschaftlich, kulturell und touristisch.

BR: AmCham Germany hat zwei Büros – eins in Frankfurt und eins in Berlin. Wo liegt in Berlin der Schwerpunkt Ihrer Aktivitäten?

Anderson: Es ist sehr wichtig, dass wir beide Büros aufrechterhalten, denn in Frankfurt sind wir unseren Mitgliedern aus der Wirtschaft besonders nahe und in Berlin stehen wir in direktem Kontakt mit politischen Entscheidungsträgern. Durch die Präsenz in der Hauptstadt können wir im direkten Austausch mit der Bundesregierung, den Abgeordneten im Deutschen Bundestag, den politischen Repräsentanten unserer Mitgliedsfirmen und unseren Freunden in der US-Botschaft und den Verbänden die Interessen unserer Mitglieder vertreten. Außerdem hat der Standort Berlin auch eine traditionelle Bedeutung. AmCham Germany wurde vor 100 Jahren hier in Berlin gegründet.

BR: Welche Auswirkungen haben die Auseinandersetzungen auf den Handel bisher gehabt?

Anderson: Die Wirtschaften beider Länder sind so eng miteinander verflochten, dass von einer Belastung der wirtschaftlichen Beziehungen keine Rede sein kann. Dafür haben wir, insbesondere unserer Präsident Fred Irwin, uns in den letzten Monaten stark eingesetzt, dass politische Boykottaufrufe keinen Widerhall gefunden haben. Es würden ohnehin nur deutsche Arbeitsplätze betroffen sein, wenn man beispielsweise Coca Cola oder McDonald's boykottieren würde.

BR: Welche Rolle haben deutsche Politiker in dem Versuch gespielt, den Streit beizulegen?

Anderson: Ich denke, die USA-Reisen von Frau Merkel und Herrn Merz haben bei unseren Partnern in den USA viel Vertrauen geschaffen bzw. erhalten. Nun reisen Wirtschaftsminister Clement und die Ministerpräsidenten Beck und Simonis in die USA, das begrüßen wir sehr. Vor allem aber ist die deutsch-amerikanische Beziehung stark, da unsere Bürger soviel Kontakt und Freundschaften miteinander haben und pflegen.



Foto: bpi

Anderson: Richtig. Die Amerikanische Handelskammer wurde 1903 hier in Berlin ins Leben gerufen. Nun ist AmCham in Berlin wieder stark repräsentiert. Es zeigt sich auch, dass die Impulse, die aus dieser Stadt und Region kommen, immer wichtiger für die gesamte Bundesrepublik werden. Daher sollte auch die Länderfusion zwischen Berlin und Brandenburg zügig vorangetrieben werden.

BR: Danke für das Gespräch.

„NICHT MIT DEM HENKER ESSEN“ Gewerkschaften contra Wowereit

Es wird keinen Traditions-Empfang zum 1. Mai geben. Seit Jahrzehnten hatten die Regierenden Bürgermeister Arbeitnehmervertreter am 30. April eingeladen.

Den ob seiner sozialen Kälte getadelten Wowereit wird dieser Vorwurf nicht lange grämen, reist er doch vom 1. bis 4. Mai zum Homosexuellen-Kongress „Equality Forum“ nach Philadelphia (USA) und wirbt dort für homosexuelle Touristen. Die werden ihn wahrscheinlich herzlicher aufnehmen als die einheimischen Arbeitnehmer oder Steinwerfer. (dr)

Jetzt sagen die Arbeitnehmer ab. Der DGB-Landesvize Bernd Rissmann begründet den Beschluss des Gewerkschaftsbundes damit, dass man „nicht mit dem Henker essen wolle“.

1. Mai

Der Tag der Arbeit. Anstatt zu diesem Datum über Arbeitsbedingungen, Arbeitsmarkt oder gar Arbeitslosigkeit zu reden, schaut alles gebannt auf die erwartete Randal in der Hauptstadt. Die rot-rote Landesregierung spricht von einem neuen Konzept der Deeskalation - die Internetseiten der selbsternannten Antifaschisten sprechen von Kampf, Angriff und davon den „Verfassungsschutz von der Straße zu fegen“.

Frühlingserwachen - oder Randal?



Foto: bpi



Foto: bpi

REINICKENDORF Arbeitsplätzchen gegen Sozialismus!

Kreativ gegen Ideenlosigkeit. So tritt auch dieses Jahr der CDU-Nachwuchs in Reinickendorf zu einer Demonstration zum 1. Mai an. Am Feiertag ab 12.00 Uhr werden am Tegeler See an der Greenwichpromenade „Arbeits“-Plätzchen gebacken. Damit will die Junge Union das Augenmerk auf die katastrophale Arbeitsplatzsituation in Berlin und Deutschland legen. Vor allem das in den letzten Jahren starke Ansteigen der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland bedeute, so die CDU-Jugend, für viele junge Menschen Perspektivlosigkeit. Die-

se seien dadurch anfälliger für politischen Extremismus von links und rechts. Die JU ist überzeugt, dass Arbeitsplätze Garant für ein friedliches Zusammenleben der Gesellschaft sind. Alle Passanten sind herzlich eingeladen bei der „Außen-Backstube“ mit zu helfen. Flugblätter und Transparente sollen außerdem für eine angeregte Diskussion sorgen. Wie auch schon in den vergangenen Jahren wollen die JU'ler damit zugleich ein Zeichen setzen gegen die obligatorischen linksradikalischen Ausschreitungen an diesem Tage in Berlin.

KREUZBERG Die andere Besetzung

Der 1. Mai-Feiertag. Kreuzberg verbindet seit Jahren mit diesem Datum fliegende Steine, brennende Reifen oder auch geplünderte Geschäfte. 17 Jahre Krawalle sind genug. Das jedenfalls meint die CDU im Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg. Nicht zuletzt durch die immer wiederkehrenden Mail-Krawalle ist der Berliner Stadtteil Kreuzberg bundesweit leider zum Inbegriff von Radau und Randal geworden. Der Berliner CDU-Abgeordnete Kurt

Wansner will sich damit nicht abfinden. Deshalb rufen er und die CDU im Bezirk die Bürger dazu auf, zum 1. Mai die Straßen, Plätze und Parkanlagen zu „besetzen“. Damit soll den Chaoten der Raum und Gelegenheit genommen werden, im Bezirk zu toben und zu wüten. Die CDU im Bezirk wird an den Tagen vor dem 1. Mai Flugblätter im Umfeld des Oranienplatzes verteilen und Informationsstände abhalten, um den Bürgern ihre Idee vorzustellen. (dr)

Befürchtungen zum 1. Mai: Deeskalation gescheitert

Der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Frank Henkel, befürchtet nach den heftigen Ausschreitungen im vergangenen Jahr eine weitere Eskalation der Gewalt auf den Kundgebungen zum diesjährigen 1. Mai. Grund dafür sei die Strategie von Innenminister Kötting, weiter auf das Konzept der Deeskalation zu setzen. Im vergangenen Jahr hat es nach der zurückhaltenden Strategie des

rot-roten Senats einen Anstieg der Sachbeschädigungen um mehr als das Doppelte gegeben. Die Zahl der verletzten Polizeibeamten hat um 50 auf fast 220 zugenommen. Damit sei, so Henkel, das Maß des Erträglichen überschritten und die Deeskalationstaktik des Senats kläglich gescheitert. Jetzt müsse der Rechtsstaat ein Zeichen setzen und rechtzeitig eingreifen, damit Szenen wie die Plünderung eines Supermarktes und brennende Autos der

Vergangenheit angehören. Henkel weiter: „Chaoten dürfen am 1. Mai nicht ermutigt werden, Krawall zu machen, sondern müssen von der Polizei unter anderem mit Platzverweisen und Aufenthaltsverboten gemaßregelt werden.“ Außerdem sollten Demonstrationen nach Ansicht Henkels in den Abendstunden nicht mehr genehmigt werden, damit Randalierer nicht im Schutze der Nacht losschlagen können.